

1. Februar 2010 / Nr. 84

Herausgeber:
Kompetenzzentrum
Friedensförderung KOFF
Sonnenbergstrasse 17
CH - 3000 Bern 7
Tel: +41 (0)31 330 12 12
www.swisspeace.org/koff

KOFF – swisspeace

- E-Learning Module zu Mediation
- Beratungsmandat in der Pazifikregion
- Evaluation von Friedensförderungsprojekten
- Umweltwandel als globale Sicherheitsherausforderung
- Praxistag zu „Reflecting on Peace Practice“

Schwerpunkt

- Reparationen als Politik der Anerkennung

Schweizer Nichtregierungsorganisationen

- Brücke · Le pont unterstützt die Prävention von Jugendgewalt in El Salvador
- Geneva Call: Trainings über humanitäre Standards in Kurdistan
- Rückblick auf „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“
- Das Forum 2009 der Geneva Peacebuilding Platform

Schweizer Regierungsstellen

- Politische Abteilung IV Menschliche Sicherheit: Rückblick und Jahresziele 2010
- Retraite zu Friedensmediation

Internationale Partnerorganisationen

Veranstaltungen, Publikationen, Webtipp

KOFF – swisspeace

Links

- [E-Learning Tools](#)
- [Peacemediation](#)
- [Mediation Support Project](#)
- [CSS/ETH Zürich](#)

Weitere Informationen:
MSP
[Elisabeth Baumgartner](#)

E-Learning Module zu Mediation

Das Mediation Support Project (MSP) – ein Gemeinschaftsprojekt von swisspeace und dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich – bietet auf seiner Webseite „Peacemedation“ neu e-learning Module an. Durch Texte, Videos, Bilder und Fallbeispiele können sich die NutzerInnen in knapp 45 Minuten erste Kenntnisse zu einem mediationsrelevanten Thema aneignen. Ein Multiple-Choice-Test am Ende des Moduls bietet die Möglichkeit, das erlangte Wissen zu prüfen.

Praktische Erfahrungen und weiterführende Kurse mit persönlichem Kontakt bleiben jedoch unabdingbar, um Fertigkeiten in Verhandlungen und Mediation zu erwerben. Die e-learning Module sollten deshalb als Einführung und nicht als umfassende Ausbildung angesehen werden. Sie machen NutzerInnen mit den wichtigsten Aspekten eines Themas vertraut, die danach in einem Workshop vertieft werden können. So wird auch die Effizienz und Qualität der Mediationskurse gesteigert.

E-learning Module zu „Interest Based Negotiation“ und „Interpersonal Mediation“ existieren bereits. Weitere zu den Themen „Conflict Analysis“, „Building Blocks of Peace Processes“, „Security in Peace Processes“, „Power Sharing“, „Wealth Sharing“, „Dealing with the Past“ und „Public Participation“ sind geplant. Die Kurse werden von MSP entwickelt, vom International Relations and Security Network (ISN) der ETH Zürich technisch umgesetzt und auf der Webseite des Partnership for Peace Programms aufgeschaltet. 14.01.2010

Links

- [KOFF-Webseiten](#)
[Konfliktsensitivität](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Roland Dittli](#)

Beratungsmandat in der Pazifikregion

Im November und Dezember 2009 führte Roland Dittli vom KOFF für das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) ein Beratungsmandat auf den Salomonen durch. Ziel war es, zusammen mit dem zuständigen Ministerium für Nationale Einheit, Versöhnung und Frieden eine Strategie und Implementierungsstruktur zu entwickeln, um die Ursachen des Konflikts von 1998-2003 auf den Salomonen in gezielter und koordinierter Art zu bearbeiten. Darüber hinaus wurden Vorschläge für einen nationalen Dialogprozess erarbeitet, der Lösungsansätze für die strukturellen Herausforderungen des Pazifikstaates sucht und somit einen Beitrag zur Prävention weiterer Gewaltkonflikte leistet. Die Resultate dieses Beratungsmandats fließen in die Konzipierung eines mehrjährigen Programms von UNDP ein, das die Kapazitäten des Ministeriums zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung auf den Salomonen nachhaltig stärken will. 20.01.2010

Links

- [Designing for Results: Integrating Monitoring and Evaluation in Conflict Transformation Programs](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Roland Dittli](#)

Evaluation von Friedensförderungsprojekten

Im Rahmen seines Schwerpunktes auf Wirkungsorientierung führte KOFF Anfang Dezember ein Training zur Evaluation von Friedensförderungsprojekten durch. Im Zentrum dieses ersten von zwei Kursteilen stand die Frage, wie Projekte der Friedensförderung sinnvoll evaluiert werden können. Das Training zeigte auf, welche Entscheide schon bei der Konzeption eines Projektes getroffen werden müssen, damit dessen Resultate später überhaupt evaluierbar sind. Auch zu einem frühen Zeitpunkt gilt es zu klären, welches grundlegende Ziel man mit einer Evaluation verfolgt und ob dabei die Rechenschaftspflicht oder das Lernen und die Verbesserung der eigenen Arbeit im Vordergrund stehen.

Leiterin des zweiteiligen Trainings ist Cheyanne Church, die als international erfahrene Trainerin ihre umfangreiche praktische Erfahrung mit theoretischer Arbeit und Lehrtätigkeit verbindet. Zu den Teilnehmenden gehören VertreterInnen aller grossen Schweizer Hilfswerke und der Verwaltung.

Der zweite Teil des Kurses findet am 4. und 5. Februar statt und wird verschiedene Evaluationsmethoden, praktische Fallstudien, Evaluationskriterien und ethische Aspekte von Evaluationen thematisieren. 15.01.2010

Links

- [Facing Global Environmental Change](#)
- [Reconceptualizar la Seguridad en el Siglo XXI](#)
- [Interview mit Ursula Oswald Spring \(DRS4 News\)](#)
- [Präsentationen, Informationen und Bilder](#)

Weitere Informationen:
swisspeace
[Heinz Krummenacher](#)

Umweltwandel als globale Sicherheitsherausforderung

Im Dezember stellte swisspeace den Sicherheitsband „Facing Global Environmental Change: Environmental, Human, Energy, Food, Health and Water Security Concepts“ vor. Die anwesenden MitherausgeberInnen und AutorInnen Hans-Günther Brauch, Ursula Oswald Spring, Heinz Krummenacher und Albrecht Schnabel gingen auf policy-fokussierte und interdisziplinäre Weise auf die heutigen globalen Sicherheitsbedrohungen ein. Folgen des Klima- und Umweltwandels wie fortschreitende Wüstenbildung, Druck auf Wasserressourcen, Bevölkerungswachstum oder Urbanisierung stellen besorgniserregende Entwicklungen dar, die zu einem neuen, nicht-militärischen Verständnis von Sicherheit führen. Eine zeitgemässe Sicherheitspolitik kann deshalb nicht mehr bloss als Antwort des Staates auf Säbelrasseln, Gewalt und Terror verstanden werden, sondern muss menschliche Sicherheit – den Schutz jedes Menschen – ins Zentrum stellen. Als konkreten Lösungsansatz schlugen die Referierenden unter anderem vor, Aspekte menschlicher Sicherheit wie Dürre, Hungersnot oder Umweltkatastrophen in Frühwarnsysteme zu integrieren. In seiner wohlwollend kritischen Laudatio lobte Hans Hurni vom Zentrum für Entwicklung und Umwelt der Universität Bern insbesondere die geographisch breit gefächerte Herkunft der AutorInnen, die zahlreichen Beiträge von Forschenden aus dem Süden und die interne Kohärenz des umfangreichen und wegweisenden Buches. 04.01.2010

Links

- [KOFF-Webseiten](#)
[Konfliktsensitivität](#)
- [CDA: RPP](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Cordula Reimann](#)

Praxistag zu „Reflecting on Peace Practice“

Um den Transfer von der Theorie in die Praxis besser zu begleiten, bietet KOFF zu jedem Training der Serie 2009 einen so genannten Praxistag an. Dieser ermöglicht es den Teilnehmenden, das im Workshop Gelernte zu reflektieren und die Herausforderungen in der praktischen Umsetzung zu besprechen.

Im Januar fand im Rahmen des letztjährigen Trainingszyklus' ein erster Praxistag statt. Er folgte auf das Training zu „Reflecting on Peace Practice“ (RPP). RPP ist ein Ansatz, der sich der Effektivitätssteigerung von Friedensförderungsprojekten verschrieben hat. Am Praxistag wurden nicht nur die neuesten Weiterentwicklungen der RPP-Instrumente besprochen, sondern auch konkrete Herausforderungen in der praktischen Umsetzung diskutiert. Eine Teilnehmerin legte in einem Referat dar, mit welchen Problemen sie bei der Anwendung von RPP in einem Projekt in Guatemala konfrontiert wurde und welche Instrumente sie als mehr beziehungsweise als weniger praxistauglich erlebte. Der Präsentation folgte eine angeregte Diskussion.

19.01.2010

Schwerpunkt

Links

- Rule-of-Law Tools for Post-Conflict States (OHCHR):
Truth Commissions
[Englisch](#) | [Französisch](#)
- Reparations Programmes
[Englisch](#) | [Französisch](#)
- Amnesties
[Englisch](#)
- National Consultations on Transitional Justice
[Englisch](#)

Reparationen als Politik der Anerkennung

Reparationen nach schwerwiegenden Verletzungen von Menschen- und humanitären Rechten beinhalten eine Vielzahl von psychologischen, sozialen, politischen und rechtlichen Massnahmen. Die allgemeine Debatte über Reparationen konzentriert sich aber primär auf finanzielle Aspekte und vernachlässigt, dass die Wahrheit gesucht und anerkannt werden muss, dass den Opfern Unrecht widerfahren ist. Für den Autor des folgenden Artikels sind öffentliche Anerkennung und Wahrheitssuche Schlüsselemente für erfolgreiche Reparationsprozesse.

Die UNO hat eine Reihe von Grundsätzen und Richtlinien formuliert, die darauf abzielen, die Opfer von schwerwiegenden Verletzungen von Menschen- und humanitären Rechten angemessen, effektiv und schnell zu entschädigen. Reparationen sollten laut diesen Grundsätzen proportional zur Schwere der Verletzungen und des erfahrenen Leides oder Verlustes sein. Es liegt in der Verantwortung der Staaten, solche Entschädigungen zu leisten. Dabei spielt es keine Rolle, ob ihre Handlungen oder ihre Unterlassungen die Ursache des erlittenen Schadens sind.

Ein ganzheitlicher Ansatz

In der öffentlichen Wahrnehmung reduziert sich die Debatte über Reparationen häufig auf den Transfer von Dienstleistungen oder Ressourcen an bestimmte Personengruppen. Entschädigungen an breite Bevölkerungskreise könnten den Staatshaushalt schwer belasten, so die Bedenken der PolitikerInnen. Reparationen beschränken sich jedoch nicht nur auf finanzielle Abfindungen, das Konzept umfasst eine Vielzahl von Aspekten, zu denen Wiedergutmachung, Rehabilitation, Genußnahme und die Garantie der Nicht-Wiederholung gehören. Wiedergutmachung soll die früheren Rechte und Lebensumstände der Opfer wiederherstellen. Reha-

- [UN Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation](#)
- [Studie zu Best Practices](#)
- [Instance Équité et Réconciliation \(Marokko\)](#)
- [ICTJ: Reparationen](#)
- [ICTJ: Colombia Transitional Justice Program](#)
- [KOFF: Dealing with the Past](#)

bilitation umfasst medizinische, soziale und psychologische Hilfeleistungen. Zur Genugtuung gehören die Wiederherstellung der Würde des Opfers, Wahrheitsfindung, Gedenken an das Geschehene und staatliche Entschuldigungen. Massnahmen für die Garantie der Nicht-Wiederholung stellen mittels institutionellen und Sicherheitsreformen sicher, dass die Bedingungen, die zur Rechtsverletzung geführt haben, nicht wieder auftreten können.

Ein Akt der Anerkennung

Niemand darf ermordet oder vergewaltigt werden, diese Tatsache erscheint selbstverständlich. Doch in Ländern, die Phasen ohne Rechtsstaatlichkeit durchlebt haben, werden die vergangenen Menschenrechtsverletzungen in der öffentlichen Wahrnehmung häufig als gerechtfertigt angesehen: Das Leiden der Opfer sei teilweise selbstverschuldet gewesen. In Prozessen der Vergangenheitsarbeit muss der Staat schliesslich formell anerkennen, dass den Opfern Unrecht widerfahren ist und dass er für dieses Unrecht oder den ungenügenden Schutz der Opfer die Verantwortung übernehmen muss. Das öffentliche Bekenntnis des Staates, dass niemand ohne Gerichtsverfahren hingerichtet werden darf, dass Folter unter keinen Umständen zu rechtfertigen ist, wir zu einer Botschaft nicht nur an die überlebenden Opfer, sondern an die ganze Gesellschaft.

Dieser Akt der Anerkennung – die *Essenz* von Reparationen – ist eine Voraussetzung dafür, dass zwischen den Betroffenen und dem Staat wieder eine Vertrauensbasis entstehen kann. Reparationen, die sich auf finanzielle oder sonstige Dienstleistungen beschränken und keine Anerkennung für das Geschehene umfassen, unterscheiden sich nicht von humanitärer Hilfe, die etwa nach einer Naturkatastrophe geleistet wird. Solche Dienstleistungen drücken Solidarität aus, nicht aber Verantwortlichkeit. Menschen, die im Namen von menschenverachtenden Gesetzgebungen und von bestimmten Personen(gruppen) verfolgt wurden, sind aber nicht mit den Opfern eines Tsunamis oder eines Erdbebens gleichzusetzen. Der Staat muss Verantwortung übernehmen und den Begriff Reparationen mit Inhalt füllen. Dies ist die einzige Möglichkeit, dass die Opfer – und die Gesellschaft als Ganzes – den Staat nicht einfach weiter als Täter respektive neu als Unterlassungstäter wahrnehmen und neues Vertrauen in ihn aufbauen können. Ohne Anerkennung des Unrechts und ohne staatliche Verantwortlichkeit werden Reparationen als unglaubwürdig und oberflächlich eingeschätzt.

Ein Fallbeispiel ist Kolumbien, wo die Demobilisierung paramilitärischer Gruppen mit Reparationsgesetzen verknüpft war. Die kolumbianische Regierung weigerte sich lange Zeit anzuerkennen, dass Reparationen das Prinzip staatlicher Verantwortung verkörpern. Stattdessen konzentrierte sie sich auf den Akt der Solidarität. Zudem konnten Opfer von staatlicher Gewalt nicht von Reparationsleistungen profitieren, diese waren für die Opfer von illegalen Gruppen wie Paramilitärs oder Guerillagruppen vorgesehen. Als direkte Folge davon lehnen Opferhilfsorganisationen solche staatlichen Reparationsmassnahmen häufig ab oder betrachten sie mit Argwohn und Zynismus.

Instrumente zur Wahrheitsfindung

Ein umfassender Reparationsansatz, der begangenes Unrecht anerkennt, setzt als Grundlage offizielle Instrumente zur Wahrheitsfindung voraus. Politische Leitlinien für Reparationen führen eher zum Erfolg, wenn sie mit Wahrheitskommissionen oder juristischen Prozessen zur Faktenermittlung verbunden werden. Ohne den Bericht einer Wahrheitskommission oder ein solides Gerichtsurteil ist es schwierig, klare Verantwortlichkeiten zu definieren und eine substantielle Grundlage für Reparationen zu schaffen. Ohne korrekte Identifizierung der Art und des Ausmasses von Menschenrechtsverletzungen ist es unmöglich, objektive Kriterien für die Vergabe von Reparationsleistungen zu definieren.

Das Fallbeispiel Marokko zeigt, wie schwierig die Umsetzung von Reparationen in der Praxis ist, ohne dass Unrecht anerkannt wird. Ein Programm für Zahlungen an Opfer staatlicher Repression unter Hassan II ist gescheitert. Die Opfer wiesen die von ihnen als Blutgeld wahrgenommenen Zahlungen zurück. Die verantwortlichen Behörden realisierten, dass Wahrheitsfindung eine notwendige und logische Voraussetzung für effektive Reparationen darstellt. Im Rahmen der Umgestaltung des Reparationsprogramms wurde schliesslich die Wahrheitskommission „Instance Equité et Réconciliation“ ins Leben gerufen, die Fakten als Grundlage für Reparationen ermitteln soll.

Reparationsprozesse haben trotz zahlreicher Schwierigkeiten grosse Fortschritte erzielt und konnten von vergangenen Fehlern und Good Practices lernen. Die UNO-Menschenrechtskommission veröffentlichte 2004 eine Studie über Best Practices, die eine Reihe von politischen Richtlinien für Reparationen enthält. Weiter publizierte das Büro des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte 2008 in seiner Serie „Rule-of-Law“ eine Dokumentation über Reparationsprogramme mit entsprechenden Lessons Learned aus Regierungsprogrammen. Damit haben Regierungen eine Fülle von Informationen zur Verfügung, um effektive Reparationsprogramme zu konzipieren, die einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und nicht allein auf finanzielle Aspekte fokussiert sind. Denn Geld allein wird das Vertrauen in den Staat nicht (wieder)herstellen können, dazu braucht es Anerkennung, staatliche Verantwortung und die Aufdeckung der Wahrheit.

19.01.2010

ICTJ [Eduardo González](#)

Eduardo González ist Direktor des Programms für Wahrheit und Erinnerung am International Center for Transitional Justice (ICTJ).

Schweizer Nichtregierungsorganisationen

Links

- [Brücke · Le pont](#)
- [Brücke · Le pont: Vista hermosa](#)

Weitere Informationen:
Brücke · Le pont
[Tanya Berger](#)

Brücke · Le pont unterstützt die Prävention von Jugendgewalt in El Salvador

Die Jugend El Salvadors wächst in einer Umgebung auf, die von den Folgen des Bürgerkriegs, politischer Instabilität und Armut gezeichnet ist. Abgebrochene Schulausbildungen und Arbeitslosigkeit sind weit verbreitet. Die Verwahrlosung und Perspektivlosigkeit führen dazu, dass sich Jugendliche kriminellen Banden anschliessen. Deshalb sind sie überdurchschnittlich von Gewalttaten betroffen – als Täter oder als Opfer. Der Staat reagiert bisher hauptsächlich mit Repression, Projekte im Bereich Gewaltbearbeitung und Konfliktprävention existieren kaum.

Dies bewog Brücke · Le pont, in ihrem Programm stärker auf die Prävention von Jugendgewalt zu setzen. Seit 2009 unterstützt die Organisation das Projekt „Vista hermosa“ der Partnerorganisation Servicio Social Pasionista de El Salvador (SSPAS). Zum Projekt gehört ein Jugendhaus in der Agglomeration der Hauptstadt San Salvador, das verschiedene Aktivitäten für Jugendliche zwischen 14 und 26 Jahren anbietet. Jugendgruppen organisieren Freizeitaktivitäten wie Musik- und Tanzworkshops oder Theateraufführungen, um andere Jugendliche von der Strasse zu holen. Gleichzeitig besuchen die Jugendlichen Kurse zu Gewaltprävention und Konfliktlösung: Sie lernen die erlebte Gewalt zu verarbeiten und Konfliktsituationen gewaltfrei zu lösen. Dieser Prozess bildet für viele die Basis für neue Zukunftsperspektiven. Sie holen den Schulabschluss nach, absolvieren eine Berufsbildung und lernen, sich auf dem schwierigen Stellenmarkt zu behaupten oder selbständig unternehmerisch tätig zu werden. Jährlich können dank dem Projekt rund 150 Jugendliche eine Berufsausbildung absolvieren. Ausserdem arbeiten die Jugendlichen zuhause der lokalen Behörden konkrete Vorschläge für eine Jugendpolitik aus und sensibilisieren die Öffentlichkeit für ihre Anliegen.

Brücke · Le pont unterstützt das Projekt finanziell und organisiert Erfahrungsaustausche mit vergleichbaren Organisationen oder lokalen ExpertInnen für Gewaltprävention. In der zweiten Hälfte der dreijährigen Pilotphase wird das Projekt extern evaluiert.

15.01.2010

Links

- [Geneva Call](#)

Geneva Call: Trainings über humanitäre Standards in Kurdistan

Im Oktober 2009 führte Geneva Call zweitägige Schulungen über humanitäre Standards für KommandantInnen der folgenden vier iranisch-kurdischen bewaffneten nicht-staatlichen Akteuren (ANSA) durch: Die Demokratische Partei von Iranisch Kurdistan, die Komala Partei von Kurdistan, Komalah-die kurdische Organisation der Kommunistischen Partei von Iran und die Komala Partei von iranisch Kurdistan. Die vier ANSAs gehören zu den Unterzeichnern von Geneva Calls „Deed of Commitment“ zum Verbot von Personenminen. Die Kurse, die in irakisch Kurdistan stattfanden, behandelten das Verbot von Personenminen und

Weitere Informationen:
Geneva Call [Armin Köhli](#)

die entsprechenden Verpflichtungen des „Deed of Commitment“ sowie das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte. Gemeinsam mit den Kursleitern von Geneva Call verglichen die KommandantInnen der vier ANSAs ihre eigenen Richtlinien und Werte mit den internationalen humanitären Standards und diskutierten Möglichkeiten, ihre Reglemente bei Bedarf anzupassen. Die vier ANSAs wollen künftig die militärische Ausbildung ihrer KämpferInnen, der Peshmerga, entsprechend vertiefen. In zahlreichen Punkten gewähren alle vier bereits weitergehenden humanitären Schutz, als vom Völkerrecht vorgeschrieben ist.

26.01.2010

Links

- [Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“](#)
- [YouTube Kurzfilm zur Sicherheitsaktion](#)

Rückblick auf „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“

Jedes Jahr finden auf der ganzen Welt während 16 Tagen politische Veranstaltungen, Strassenaktionen und Fachtagungen statt, die geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung thematisieren. An der zweiten Kampagne in der Schweiz beteiligten sich 60 Organisationen. Zum Start der Kampagne betonte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, wie wichtig es ist, das Thema Gewalt gegen Frauen immer wieder in die öffentliche Diskussion einzubringen. Neben den Aktionen leistete die Medienpräsenz einen wesentlichen Beitrag dazu. Verschiedene Organisationen, die täglich mit Frauen arbeiten, begrüßten den gemeinsamen thematischen Rahmen der Kampagne, um unterschiedliche Aspekte der Gewalt beleuchten zu können. Dank der Kooperation mit Buchhandlungen und Apotheken konnte ein breiteres Publikum erreicht werden. Mit zahlreichen Aktionen – darunter auch Kulturveranstaltungen – thematisierten sie direkte Gewalt, Sexismus in der Werbung und Frauenrechte sowie Lösungsansätze. Fremdsprachige Theateraufführungen zu häuslicher Gewalt zogen sowohl SchweizerInnen als auch MigrantInnen an.

Um an jüngere Zielgruppen zu gelangen, wurden Videobeiträge von Aktionen auf YouTube platziert: Die feministische Friedensorganisation cfd stellte beispielsweise in sieben Akten filmisch dar, dass sich Frauen sicherer fühlen, wenn keine Waffen im Haus vorhanden sind, wenn sie ein eigenes Einkommen verdienen und fair entlohnt werden, wenn Frauenrechte respektiert werden und weder Stalking noch sexuelle Übergriffe die Bewegungsfreiheit von Frauen einschränken.

Die beteiligten Organisationen möchten die 16 Tage-Kampagne zwischen dem 25. November und dem 10. Dezember in der Schweiz auch in Zukunft regelmäßig durchführen.

01.01.2010

Maskulinität und genderspezifische Gewalt in Postkonfliktkontexten

Im Rahmen der Kampagne organisierte der cfd einen Vortragsabend mit der Südafrikanerin Sheila Meintjes zu „Masculinity and Gender Violence – Implications for Security in Post-Conflict Contexts“. Meintjes ist ehemaliges Mitglied der staatlichen Gender-Kommission. Sie betonte, wie wichtig eine

Weitere Informationen:

cf [Amanda Weibel](#)

cf [Ursula Keller](#)

historische Perspektive sei, um die Genderdynamiken während und nach dem Konflikt zu verstehen: Frauen in Südafrika standen immer unter der Autorität patriarchal geprägter Systeme, die auch nach der Transformation zum demokratischen Staat erhalten geblieben sind. Dennoch nutzten die Frauen mit ihrer Beteiligung an der Widerstandsbewegung den Konflikt als Chance zur Stärkung ihres gesellschaftlichen Status', das Empowerment von Frauen nahm im Post-Apartheidstaat noch zu. Umso stärker trifft die Frauen die massive Zunahme von genderspezifischer Gewalt, insbesondere die neuen Formen öffentlicher Gewalt wie Vergewaltigungen durch Strassenbanden. Die jungen Männer in den Townships, die im Unterschied zur schwarzen Elite kaum wichtige staatliche Positionen besetzen konnten, begegnen dem politischen und ökonomischen Disempowerment nun mit Gewalt gegen Frauen, um ihren gesellschaftlichen Status wieder herzustellen. In Friedens- und Versöhnungsprozessen muss daher die Aufmerksamkeit nicht nur auf das Empowerment von Frauen, sondern auf den Wandel der Geschlechterbeziehungen insgesamt gerichtet werden, um Alternativen zu gewaltgeprägten Männlichkeitsbildern aufzuzeigen.

Links

■ [GPP / Full Report of the Forum](#)

■ [Peacebuilding Support Office](#)

Das Forum 2009 der Geneva Peacebuilding Platform

Das jährliche Forum der Geneva Peacebuilding Platform (GPP) dient dem Austausch zwischen VertreterInnen des „Peacebuilding Support Office“ der Kommission zur Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission, PBC), Genfer ExpertInnen und Akteuren der Friedensförderung, PraktikerInnen sowie aus Postkonfliktgesellschaften stammenden VertreterInnen von Regierungsstellen, Medien und dem Sicherheitssektor.

Das Forum 2009, das im Dezember stattfand, thematisierte das Zusammenspiel zwischen humanitärer Hilfe und Friedensförderung und bot ein neutrales Umfeld, um die Angehörigen beider Aktivitätsfelder für die unterschiedlichen Arbeitsansätze zu sensibilisieren. Das erste Panel befasste sich mit den vielfältigen Wirkungen von Nothilfe auf Friedens- und Konflikt dynamiken und die Schwierigkeit, zivil-militärische Operationen in Konfliktregionen mit dem Anspruch auf Neutralität in Einklang zu bringen. Das zweite Panel unterstrich, dass humanitäre und friedensfördernde Aktivitäten von den lokalen Bevölkerungen in der Regel nicht als dichotom, sondern als Teil der gleichen internationalen Anstrengungen wahrgenommen werden. Das dritte Panel zeigte auf, dass die zwei konkurrierenden Ansätze auf gemeinsamen aber falschen Annahmen über die Rolle von humanitärer Hilfe und Friedensförderung in unterschiedlichen Konfliktphasen beruhen. Beide sollten komplementäre Anstrengungen für das Wohl der betroffenen Bevölkerungen unternehmen, so der Konsens der Anwesenden.

Judy Cheng-Hopkins, neue stellvertretende Generalsekretärin für „Peacebuilding Support“, hielt in diesem Rahmen ihre erste öffentliche Rede vor der interna-

Weitere Informationen:
GPP [Frédérique Guérin](#)

tionalen Gemeinschaft in Genf. Es ist zu hoffen, dass dieser Erfahrungsaustausch zu einem anhaltenden Dialog zwischen New York und Genf führen wird und so die PBC in ihrem Auftrag unterstützt werden kann, die Kohärenz der internationalen friedensfördernden Aktivitäten zu erhöhen. 01.01.2010

Schweizer Regierungsstellen

Links

- [PA IV: Menschliche Sicherheit](#)

Weitere Informationen:
PA IV [Peter Aeberhard](#)

Politische Abteilung IV Menschliche Sicherheit: Rückblick und Jahresziele 2010

Die Politische Abteilung IV (PA IV) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zieht für das vergangene Jahr eine positive Bilanz: Gut drei Viertel der gesetzten Ziele sind umgesetzt, 15% mussten Anpassungen erfahren und nur gerade 8% der Ziele wurden innerhalb der geplanten Periode nicht erreicht. Einige der Aktivitäten sind von einem breiteren Publikum wahrgenommen worden, dazu gehören die Durban-Review-Konferenz gegen Rassismus, die Vermittlung zwischen Armenien und der Türkei, welche zur Unterzeichnung der beiden Protokolle in Zürich führte, der Bericht des UNO-Generalsekretärs über bewaffnete Gewalt und Entwicklung, die Schaffung eines schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte und die Jahreskonferenz der PA IV zum Thema Vergangenheitsarbeit. Zumindest in der Schweiz weniger wahrgenommen wird in der Regel die Arbeit der Menschenrechts- und FriedensberaterInnen der PA IV vor Ort, die nun angelaufene Umsetzung der neuen migrationspolitischen Konzepte im Rahmen der Migrationspartnerschaften oder die Programme „Schutz in der Herkunftsregion“.

Im Jahr 2010 steht der Legislaturbericht zur Menschenrechts-Aussenpolitik an. Bereits in der Planung sind drei Grosskonferenzen, nämlich der Weltkongress gegen die Todesstrafe im Februar, die Kolumbienkonferenz der G-24 (Regierung/ Zivilgesellschaft/Geber) und mit hoher Wahrscheinlichkeit die Vertragsparteienkonferenz der Genfer Konventionen zu Gaza. Zu den wichtigen Politikprozessen gehören der Auftakt zur Review des UNO-Menschenrechtsrats sowie die Umsetzung der neuen EDA-Strategie zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten.

Weiterhin will sich die PA IV in ihren thematischen Schwerpunkten wie Vermittlung und Vergangenheitsarbeit engagieren. Das Themenfeld Religion-Politik-Konflikt wird im Rahmen der Jahreskonferenz vom kommenden Oktober vertieft und hat aufgrund des Ausgangs der Minarett-Initiative zusätzliche Bedeutung gewonnen.

Die geografischen Schwerpunkte der PA IV bleiben unverändert: Westbalkan mit Hauptakzent auf Kosovo, Naher Osten, Burundi, Sudan/Horn von Afrika, Zentral- und Westafrika mit Akzent auf Tschad und Mali, Kolumbien und Nepal. Wie in der Vergangenheit wird rund ein Fünftel der geografisch zugeteilten Mittel für Pilot- und kleinere Vorhaben eingesetzt, so im Nordkaukasus oder in Papua.

25.01.2010

Links

- [PA IV](#)
- [Peace Mediation Course](#)
- [Mediation Support Project \(swisspeace/CSS ETH-Zurich\)](#)

Weitere Informationen:
PA IV [Murezi Michael](#)

Retraite zu Friedensmediation

Im Januar führte die Politische Abteilung IV (PA IV) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) eine Mediationsretraite unter dem Titel „What next in the Palestinian-Israeli Talks?“ durch. Das Angebot richtete sich an DiplomatinInnen, Mitarbeitende der Politischen Direktion, der Direktion für Völkerrecht und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit sowie ehemalige AbsolventInnen des Peace Mediation Course. Ziel war es, bereits erworbene Fertigkeiten in der Friedensmediation aufzufrischen, sich neue anzueignen und die Netzwerkbildung unter DiplomatinInnen und ExpertInnen zu fördern.

Im Zentrum des zweitägigen Workshops stand eine Verhandlungssimulation zwischen Israel und Palästina mit Mediationsunterstützung durch die USA, in welcher Themen und Dynamiken einer Friedensverhandlung realistisch nachgestellt wurden. Alle Teilnehmenden erhielten vorgängig die Rollenbeschreibung einer Person zugeteilt, welche in die Verhandlungen zwischen Israel und Palästina involviert ist. Das Rollenspiel orientierte sich an bisherigen sowie zukünftigen Verhandlungen zwischen den beiden Parteien. Das Ziel bestand darin, beide Parteien zurück an den Verhandlungstisch zu bringen und den Rahmen für zukünftige Friedensverhandlungen auszuhandeln. Zwei Experten der palästinensischen und der israelischen Seite, die beide in frühere Friedensverhandlungen involviert gewesen waren, vermittelten den Teilnehmenden eine Innensicht auf den Konflikt und begleiteten das Rollenspiel inhaltlich, indem sie die beiden Delegationen auf die Verhandlungen vorbereiteten und die Verhandlungsstrategien regelmässig mit ihnen diskutierten. Im Abschlussteil erhielten die Teilnehmenden von den Experten und den Trainern Rückmeldung zu ihrem Verhandlungsstil und zur Gruppendynamik.

Die Retraite ermöglichte den Teilnehmenden, einen realistischen Einblick in einen sehr komplexen und wichtigen zeitgenössischen Konflikt zu gewinnen und einen Mediationsprozess realitätsnah nachzuspielen. So konnten die eigenen Verhandlungs- und Mediationsfähigkeiten getestet und durch die direkte Erfahrung im Rollenspiel weiterentwickelt werden.

23.01.2010

Internationale Partnerorganisationen

Info

Diese Rubrik enthält Neuigkeiten von zehn Partnerorganisationen, mit denen KOFF strategische Allianzen unterhält.

- [Akademie für Konflikttransformation](#)
- [Berghof Center](#)
- [CDA Collaborative Learning Projects](#)
- [Conciliation Resources](#)
- [European Centre for Conflict Prevention](#)
- [European Peacebuilding Liaison Office \(EPLO\)](#)
- [Gruppe Friedensentwicklung \(FriEnt\)](#)
- [GTZ](#)
- [International Alert](#)
- [Plattform Zivile Konfliktbearbeitung](#)

International Alert

- International Alert stellt eine neue [Publikation](#) über die Zusammenhänge zwischen der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und Konflikten im Osten der DR Kongo vor.

Conciliation Resources

- Conciliation Resources stellt in einem [Bericht](#) sein neues Projekt „Accord 21“ vor, das sich mit Friedensbemühungen in Somalia beschäftigt. Der Bericht zeigt die somalischen und internationalen Friedensbemühungen auf und diskutiert, wie beide besser verlinkt werden können. Weiter geht er auf die Projektpartnerschaft mit Interpeace ein und stellt Material der „Peace Mapping“ Studie von Interpeace zur Verfügung.

EPLO

- Der Vertrag von Lissabon trat am 1. Dezember 2009 in Kraft. Mit ihm werden die Institutionen der EU modernisiert und ihre Arbeitsmethoden optimiert. Die Dezemberausgabe des [EPLO-Newsletters](#) widmet sich auf 4 Seiten den institutionellen Veränderungen, welche mit dem Vertrag eingeläutet werden.

FriEnt

- Grosse Migrationsbewegungen, gewaltsame Konflikte um Ressourcen und Einbussen an internationaler Sicherheit sind Folgen des Klimawandels. Im Lichte des Klimagipfels in Kopenhagen skizziert der Schwerpunktartikel der neuen [FriEnt-Impulse](#) den Stand der internationalen Debatte zu Klima und Sicherheit und benennt offene Fragen.

Forum Ziviler Friedensdienst

- forumZFD lanciert ein [Webportal](#) zum Thema „Dealing with the Past“ im Kosovo. Mit der Website unterstützt das forumZFD die Bemühungen vieler lokaler Initiativen um eine Aufarbeitung der Vergangenheit.
- Die [Broschüre](#) „Erste Praxiserfahrungen in der internationalen Friedensarbeit“ der Akademie für Konflikttransformation des forumZFD liegt in überarbeiteter Fassung vor. Sie zeigt auf, wie Berufs- und QuereinsteigerInnen einen Einstieg in dieses Arbeitsfeld finden können. Die Akademie stellt zudem ihre diesjährige [Trainingsserie](#) vor.

Veranstaltungen

Info

Diese Rubrik enthält Hinweise zu ausgewählten Veranstaltungen in der Schweiz im Zusammenhang mit der zivilen Friedensförderung.

- Peace Brigades International Schweiz führt vom 16. - 28. März in Solothurn ein [Vorbereitungstraining](#) für Feldeinsätze in Kolumbien, Guatemala, Mexiko, Indonesien und Nepal durch. Es gibt noch freie Plätze.
- Das Europainstitut der Universität Basel bietet einen „Master of Advanced Studies (MAS) in European Integration“ an. Im Anschluss ist die Vertiefung in „Conflict and Development“ (Major) möglich. Anmeldeschluss: Ende April 2010. [Weitere Infos](#).
- „Gerechtigkeit kontra Profit“ titelt eine [Veranstaltung](#) vom 5. März im Romerohaus, welche Menschenrechtsarbeit im Kontext von Ressourcenkonflikten thematisiert. Dauer: 19.00 - 21.30 Uhr.
- Vom 15. - 19. März und vom 06. - 10. Sept. findet in Berlin ein [Training](#) of Trainer für Friedensfachkräfte statt. Ziel ist die Erweiterung der Trainingskompetenzen für kulturell angepasste und nachhaltige Lernprozesse in „Peacebuilding“, „Konflikttransformation“ und „Konfliktmanagement“ in Krisenregionen.
- Das Institut für Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung ([ICP](#) – vormals IICP) kündigt seine 3. Internationale [Sommeruniversität](#) zum Thema „Politische Mittel der gewaltfreien Konfliktbearbeitung“ vom 11. - 15. Juli in Bern an.
- Merken Sie sich bereits jetzt die Daten für die internationalen Konferenzen von Caux-Initiativen der Veränderung im Sommer 2010 vor! Diese finden zwischen dem 2. Juli und dem 17. August statt. Ausführliche [Informationen](#).

Publikationen

Info

Didier Péclard (ed.)
[„Environmental
 Peacebuilding: Managing
 Natural Resource
 Conflicts in a Changing
 World“](#). swisspeace
 Conference Paper 1/2009.

Conference Paper „Environmental Peacebuilding“

Dank der wachsenden Aufmerksamkeit gegenüber Klimawandel und -erwärmung steht das Thema „Umweltsicherheit“ hoch auf der Agenda der internationalen Gemeinschaft. Umweltzerstörung und die dadurch knapp gewordenen natürlichen Ressourcen werden zunehmend als mögliche Ursache für das (Wieder)aufflammen von Konflikten betrachtet. Forschungen haben jedoch ergeben, dass es noch wenig empirische Beweise für einen direkten kausalen Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und Gewaltkonflikten gibt. Um im Bereich Umwelt in der Friedensförderung Prioritäten zu setzen, ist es wichtig zu verstehen, wie Konflikte um natürliche Ressourcen im sozialen und politischen Kontext eingebettet sind, wie lokale Institutionen diese Konflikte bewältigen und wie sie dabei von aussen unterstützt werden können. Inspiriert durch ein Forschungsprojekt von swisspeace im Rahmen des NCCR North-South hat sich die Jahreskonferenz 2007 der Friedensstiftung mit diesen komplexen Zusammenhängen auseinandergesetzt und mögliche Interventionsstrategien für ausstehende Akteure formuliert.

Das Conference Paper „Environmental Peacebuilding: Managing Natural Resource Conflicts in a Changing World“ kann von der swisspeace-Website heruntergeladen oder für 15 Franken in gedruckter Version bestellt werden. 01.01.2010

Info

- [Non-violence Actualité:
Guide des ressources](#)
- [Zentrum Non-violence
Actualité](#)
- [Friedensdorf/ Village
de la Paix: KonfliXbox
midlife](#)

Gewaltlose Konfliktkultur spielend erlernen

Das Zentrum für Ressourcen über gewaltfreie Beziehungen und Konfliktlösung „Non-violence actualité“ hat eine umfassende Broschüre publiziert, die eine Vielzahl von Ressourcen und Ideen zu gewaltloser Erziehung präsentiert. Diese zeigen auf spielerische Art und Weise Möglichkeiten des gewaltlosen Umgangs mit Konflikten im Alltag auf. Von Büchern für Kinder in verschiedenen Altersgruppen über Fachliteratur und interaktive pädagogische Programme bis zu Spielen werden über 200 Lernmittel jeweils kurz vorgestellt. Ziel ist es, ein reibungsloseres Zusammenleben in der Schule, in der Familie und der Gesellschaft zu fördern.

Auch Erwachsene können durch Spielen mehr über ihre Konfliktkultur erfahren und ihre Kompetenzen erweitern. Der Verein Friedensdorf hat eine „KonfliXbox midlife“ entwickelt, in der alltägliche konfliktive Situationen in Arbeitswelt, Familie, Öffentlichkeit und im Freundeskreis thematisiert werden. Das Kartenspiel ermöglicht Erwachsenen, sich auf unterhaltsame und interaktive Art mit ihrer Konfliktkultur auseinanderzusetzen. Das Spiel löst Diskussionen aus, fördert den Austausch und die Selbstreflexion und zeigt auf, dass es vielfältige Möglichkeiten im Umgang mit Konflikten gibt. Das Spiel eignet sich sehr gut als Einstieg zum gegenseitigen Kennenlernen vor einem thematisch verwandten Anlass. 12.01.2010

Webtipp

Info

■ [Ibrahim Index](#)

Der Ibrahim Index

Die ansprechende Webseite der Mo Ibrahim Stiftung bietet ein besonders nützliches online Werkzeug an: Ein Index zur Einschätzung der Gouvernanz in afrikanischen Staaten. Der Index umfasst Daten zu politischer Partizipation und Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit, menschlicher Entwicklung und nachhaltiger Wirtschaft in allen Ländern des schwarzen Kontinents. In jeder Kategorie führt eine Vielzahl von Indikatoren zu einem Gesamtwert. Dabei stützt sich der Mischindex auf Quellen und Zahlen anerkannter internationaler Institutionen wie der Weltbank oder Freedom House.

Der grosse Mehrwert dieses Indexes ist die benutzerfreundliche Präsentation der Daten. NutzerInnen können einzelne Indikatoren zwischen verschiedenen Ländern direkt vergleichen, eigene Parameter definieren und Grafiken und Karten generieren. Die Ergebnisse lassen sich dann einfach exportieren. Dieses überzeugende Angebot kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass verlässliche Daten erst seit 2006 verfügbar sind. Deshalb eignen sie sich nicht für Vergleiche über einen längeren Zeitraum hinweg. Mit den jährlich neu erscheinenden Datensätzen wird sich diese Lücke des Ibrahim Indexes aber in den nächsten Jahren schliessen.

18.01.2009

Herausgeber: Kompetenzzentrum Friedensförderung (KOFF) / [swisspeace](#)

Adresse: Sonnenbergstrasse 17, CH - 3000 Bern 7
Tel: +41 (0)31 330 12 12; Fax: +41 (0)31 330 12 13

Redaktion: [Christa Dold](#)

Der KOFF-Newsletter erscheint am 1. jedes Monats (ohne 1. August und 1. Januar) in Deutsch, Englisch und Französisch. Der Newsletter wird elektronisch vertrieben. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind auf den KOFF-[Webseiten](#) im PDF-Format herunterladbar. Im [Online-Archiv](#) können sämtliche Artikel nach Suchbegriffen abgefragt werden.

KOFF ist ein Programm von swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten ([EDA](#)) sowie den folgenden Schweizer Nichtregierungsorganisationen:

- [Alliance Sud](#) • [APRED](#) • [BAHA'I](#) • [Brücke Le pont](#) • [Caritas Schweiz](#) • [Caux - Initiativen der Veränderung](#) • [cfd](#) • [CIMERA](#) • [DCAF](#) • [Eirene Schweiz](#) • [Fastenopfer](#) • [Fondation Hironnelle](#) • [Forum für Friedenserziehung](#) • [Frauen für den Frieden Schweiz](#) • [FriedensFrauen Weltweit](#) • [Gemeinden Gemeinsam Schweiz](#) • [Geneva Call](#) • [Gesellschaft für bedrohte Völker](#) • [Green Cross Schweiz](#) • [GSoA](#) • [HEKS](#) • [Helvetas](#) • [ICP](#) • [Intercooperation](#) • [International Association for Human Values](#) • [Interpeace](#) • [LIPS](#) • [Media21](#) • [Medico International Schweiz](#) • [Medienhilfe](#) • [mission 21](#) • [MIVA Schweiz](#) • [Palmyrah](#) • [Peace Brigades International](#) • [Peace Watch Switzerland](#) • [Quaker United Nations Office](#) • [Swiss Academy for Development](#) • [Schweizerische Flüchtlingshilfe](#) • [Schweizerischer Friedensrat](#) • [Schweizerisches Arbeiterhilfswerk](#) • [Schweizerischer Katholischer Frauenbund](#) • [Schweizerisches Rotes Kreuz](#) • [Service Civil International Schweiz](#) • [Stiftung Kinderdorf Pestalozzi](#) • [Swissaid](#) • [terre des hommes Schweiz](#) • [World Vision Schweiz](#)

